

Landeshauptstadt



Hannover



HAUSHALTSPLAN 2015
UND
HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT HSK IX

Einbringung der
Verwaltungsentwürfe
in den Rat der Landeshauptstadt Hannover

REDE VON
OBERBÜRGERMEISTER STEFAN SCHOSTOK

11. September 2014

Es gilt das gesprochene Wort

Stefan Schostok

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Haushaltsrede 2015

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

es ist der Tag der Haushaltseinbringung und der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover berichtet über die Lage.

Wo stehen wir gerade und wie geht es weiter? Das sind die Fragen, über die die Verwaltung in den letzten Monaten auf allen Ebenen viel nachgedacht hat. Die Dezernentinnen und Dezernenten haben die Finanzfragen für ihre Angelegenheiten konkretisiert und an die Fachbereichsleitungen weitergegeben, die wiederum an die Bereichsleitungen und so weiter.

Letztlich hat sich wohl jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter dieser Verwaltung über die finanzielle Situation der Stadt Gedanken gemacht hat. Und - das versteht sich von selbst - auch über die Frage, was diese Situation für ihre oder seine Tätigkeit in dieser Verwaltung ganz persönlich bedeutet.

Daraus entstanden ist eine Vielzahl von Ideen. Einige davon wurden wieder verworfen. Viele hingegen haben Eingang in die Drucksache gefunden, die Ihnen vorliegt.

Ich möchte an dieser Stelle allen, die sich an der Diskussion beteiligt haben, ganz herzlich danken. Über Finanzen zu sprechen, wenn es den eigenen Wirkungs- und Gestaltungsbereich betrifft oder möglicherweise sogar die eigene Person, ist nicht einfach.

Auch die öffentliche Diskussion hat aufgezeigt, wie sensibel mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen umgegangen werden muss und wie sorgsam über ihren Einsatz abzuwägen ist. Sowohl die öffentliche als auch die verwaltungsinterne Diskussion haben auch gezeigt, dass sehr schnell Missverständnisse entstehen. Sie hat auch verdeutlicht, dass Bewertungen gelegentlich verfrüht getroffen werden.

Nun zu der ersten Frage, die ich beantworten will: Wo stehen wir gerade?

Der heute vorliegende Haushaltsentwurf weist Einnahmen in Höhe von 1,882 Milliarden Euro und Ausgaben in Höhe von 1,97 Milliarden aus. Damit übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 88 Millionen Euro. Mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs ist deshalb auch die Einbringung eines Konsolidierungsprogramms erforderlich. Dieses wird im ersten Schritt 34 Millionen Euro umfassen.

Momentan gehen wir davon aus, dass diese Summe tatsächlich nicht ausreicht, um dem Defizit entgegenzuwirken. Deshalb ziehen wir bereits jetzt in Betracht, das Konsolidierungsprogramm um ein Jahr zu verlängern und sein Volumen auszuweiten.

Soweit zu den finanziellen Fakten, die Ihnen der Stadtkämmerer im Anschluss detailliert erläutern wird.

Die erste Frage, die sich nun aufdrängt ist die, warum nach den guten Jahren ausgeglichener Haushalte – mitunter sogar erzielter Überschüsse – ein nicht geringes Defizit zu erwarten ist. Ein sinkendes Gewerbesteueraufkommen und gestiegene Personalkosten stechen dabei ins Auge. Wer glaubt, damit die Ursache und eine mögliche Lösung des Defizits erkannt zu haben, der greift zu kurz.

Hannover ist glücklicherweise eine wachsende Stadt. Dies ist einerseits ein Zeichen dafür, dass auch die Entscheidungen des Rates dafür gesorgt haben, dass Hannover eine lebenswerte und attraktive Stadt zum Wohnen, Arbeiten, Studieren und Leben geworden ist.

Zum anderen sorgt die besorgniserregende weltpolitische Lage dafür, dass die Stadt Hannover ein sicheres Zuhause für Flüchtlinge aus aller Welt geworden ist und auch zukünftig sein wird. Wachsende Bevölkerungszahlen führen unweigerlich zu wachsenden Aufgaben und Aufwendungen.

Gleichzeitig werden den Kommunen von Bund und Land auch immer mehr Aufgaben übertragen, ohne dass die Kommunen dafür ausreichend mit Finanzmitteln ausgestattet werden. Die Kritik richtet sich dabei nicht gegen die übertragenen Aufgaben – niemand wird bezweifeln, dass beispielsweise Investitionen in Kinder- und Jugendbetreuung oder die Inklusion gut in die Zukunft investiertes Geld sind – sie richtet sich gegen die häufig zu geringe Höhe der im Rahmen der Konnexität von Bund und Land zur Verfügung gestellten Mittel.

Diesen im Wesentlichen die Ausgabenseite betreffenden Faktoren stehen nach den guten Jahren des erfreulichen Gewerbesteueraufkommens nun sinkende und im Voraus nicht exakt zu prognostizierende Einbußen bei der Gewerbesteuer entgegen.

Auch wenn es sich bei den genannten Faktoren um Umstände handelt, die von der Stadt Hannover nicht oder nur bedingt beeinflusst werden können, darf dies nicht dazu führen, dass dauerhaft Defizite hingenommen und nur durch dauerhafte Aufnahme von Kassenkrediten ausgeglichen werden.

Soweit zu den Rahmenbedingungen, unter denen die Verwaltung den Haushaltsentwurf entwickelt hat. Ich möchte nun ganz konkret auf einige Kernpunkte eingehen.

Beginnen möchte ich mit einem Beispiel, das eine Grenze bei der Positionsbestimmung aufzeigt. Zu den Ideen, die wir noch vor kurzem in der Verwaltung diskutiert haben, gehört auch Folgende: wenn wir nachts die Straßenbeleuchtung ausschalten, sparen wir jährlich 500.000 €. Eine halbe Million! Wenn wir die Straßenbeleuchtung in der Zeit von 2.00 bis 4.00 Uhr ausschalten. Komplett in einer Straße. Nur jede zweite Laterne, das geht leider technisch nicht. "Dann ist es ja komplett dunkel", sagen die einen. Die anderen sagen, "aber es ist doch ohnehin kaum einer unterwegs".

Um das Ende vorwegzunehmen: die Straßenbeleuchtung muss nicht ausgeschaltet werden. Da sind wir noch lange nicht angekommen. Die Landeshauptstadt hat schon bessere Jahre gehabt, aber auch schon deutlich schlechtere!

Andererseits ist aber auch Folgendes klar: In den kommenden Jahren werden die Aufwendungen der Stadt höher sein als die Erträge, wenn es so weiter geht wie bislang. Die wichtige Einnahmequelle Gewerbesteuer wird sich voraussichtlich in den kommenden Jahren wieder auf einem guten Niveau stabilisieren, das reicht aber zur Finanzierung des Bedarfs nicht aus - wenn sie das überhaupt schon einmal hat.

Diese Annahme beruht auf Prognosen. Und "diese Prognosen haben sich in den vergangenen Jahren oft als zu pessimistisch erwiesen", werden manche sagen. Denen ist entgegenzuhalten, dass Vorsicht in einer solchen Situation geboten ist. Wir müssen versuchen, die Erträge zu erhöhen und die Aufwendungen zu verringern. Und wir müssen dies mit dem erforderlichen Weitblick tun, dass die Lage sich schnell verändern kann.

Eine Erhöhung der Erträge erreicht man dadurch, dass man öffentliche Abgaben und private Entgelte anhebt. Dieser Weg wirkt einfach und wird schon allein deshalb häufig kritisiert. Tatsächlich ist es aber so, dass auch im Bereich öffentlichen Handelns Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen müssen.

Die Schwierigkeit besteht darin, dass die öffentlichen Leistungen sehr häufig subventioniert sind, es also nicht nur um die Angemessenheit von Leistung und Gegenleistung, sondern auch um die Angesehenheit der Subvention geht. Ein Schwimmbadbesuch kostet tatsächlich mehr als 10 €, die Eintrittskarte aber nur 3,50 €. Die Differenz muss aus anderen Einnahmequellen der Landeshauptstadt gedeckt werden, also insbesondere aus der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und den Gemeindeanteilen an Einkommen- und Umsatzsteuer.

Zugegeben: Die Preisbestimmung ist in einer solchen Situation schwieriger. Es geht nicht um einen Gewinn, sondern um die Höhe eines Verlustes, den man im Allgemeininteresse zu Recht in Kauf nimmt. Dennoch: auch hier kann die allgemeine Markt- und Kostenentwicklung

nicht außer Betracht bleiben. Bei laufend steigenden Aufwendungen für Personal, Energie und Bauunterhaltung kann auch der Eintritt für einen Schwimmbadbesuch nicht ewig gleich viel kosten. Die Herausforderung besteht allerdings darin, Rücksicht auf diejenigen zu nehmen, die von einer Verteuerung mehr betroffen sind als andere.

Zu den Einnahmequellen, die die Bürgerinnen und Bürger nicht unmittelbar belasten, gehört die Gewerbesteuer. Dass sich hier eine Entwicklung vermuten lässt, die hinter den Wünschen zurückbleibt, habe ich bereits gesagt. Ich habe aber auch gesagt, dass es sich um eine Prognose handelt, die schnell überholt sein kann. Ich betone das deshalb, weil wir alles daran setzen müssen, die Landeshauptstadt Hannover als Wirtschaftsstandort noch attraktiver zu machen.

Die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft ist mir dabei ein vorrangiges Anliegen. Ich will Ihnen dazu ein Beispiel benennen. Es ist kein Zufall, dass Volkswagen Nutzfahrzeuge vergangene Woche zusammen mit der Landeshauptstadt Hannover einen Zukunftstag zu den künftigen Herausforderungen intelligenter Verkehrs- und Logistikkonzepte veranstaltet hat.

Hannover ist nicht nur Sitz des Unternehmens, sondern ein Zentrum der Mobilität und ein ausgezeichneter Logistikstandort.

Bei dem Zukunftstag ging es darum, wie das individuelle Bedürfnis nach effizienter und bedarfsgerechter Mobilität künftig befriedigt und gleichzeitig die Lebensqualität in den Städten erhalten und sogar erhöht werden kann. Um für Hannovers Zukunft derartige Fragen zu beantworten, bedarf es eines Zusammenwirkens zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Gesellschaft. Der Zukunftstag hat gezeigt, wie dieses Zusammenwirken entsteht. Mit der gemeinsamen Organisation der Veranstaltung, der gemeinsamen Betrachtung des Themenfeldes und der gemeinsamen Auswertung der Ergebnisse haben wir zwischen der Stadtverwaltung und VW Nutzfahrzeuge eine Kooperationsebene geschaffen, die mich sehr beeindruckt und freut. Wir sind uns nicht nur einer wichtigen Zukunftsfrage näher gekommen, sondern wir haben ganz unterschiedliche Bereiche der Verwaltung und des Unternehmens in eine Verbindung gebracht, die den Umgang miteinander und das Verständnis füreinander ganz wesentlich verbessert. Solche Verbesserungen sind es, die einen Wirtschaftsstandort hervorheben und letztlich auch den Steuereinnahmen zugutekommen.

Die Stadt Hannover hat mit der Automobilwirtschaft, den wissenschaftlichen Fakultäten und den überregionalen Strukturen wie der Metropolregion hervorragende Voraussetzungen, um eine Vorreiterrolle bei dieser Entwicklung einzunehmen und wir haben mit dem Zukunftstag den Grundstein dafür gelegt. Im Stadtentwicklungsdialo werden wir diese Diskussion

fortführen und in vielen weiteren Themenfeldern wie der Gesundheitswirtschaft und der Kreativwirtschaft ganz ähnliche Prozesse in Gang setzen und mit Wirtschaft und Wissenschaft damit gute Rahmenbedingungen schaffen, um mit Innovation erfolgreich sein zu können. Das wird sich am Ende rechnen. Durch eine gestiegene Lebensqualität und in Form von Gewerbesteuerzahlungen.

Meine Damen und Herren,

betrachten wir nun die Aufwendungen der Stadt. Es gibt Aufwendungen, die auf Umständen beruhen, die wir kaum oder gar nicht beeinflussen können. Ich habe es gesagt: Hannover wächst. Eine wachsende Bevölkerung führt dazu, dass die Infrastruktur ebenfalls wachsen muss. Es müssen neue Wohngebiete erschlossen, neue Kitas und neue Schulen gebaut werden. Dieses Wachstum wird sich meiner Ansicht nach rechnen. Neue Unternehmen und Arbeitsplätze entstehen. Dieses Wachstum setzt aber auch eine gewisse Vorleistung bei der Errichtung der neuer Infrastruktur voraus.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass die vorhandene Infrastruktur in vielen Teilen erneuerungsbedürftig ist. Straßen, Schulen und andere Verwaltungsgebäude altern, auch wenn sie ordnungsgemäß unterhalten werden. Und irgendwann kommt der Zeitpunkt, dass man richtig Hand anlegen muss. Manche beitragspflichtigen Anlieger der Straßen, die wir im laufenden Sanierungsprogramm in Angriff nehmen wollen, bezweifeln das. Ich habe Verständnis dafür, zumal man die Erneuerungsbedürftigkeit häufig nicht ohne weiteres wahrnehmen kann.

Aber Sie können sich sicher sein: Nur wenn es sich nicht mehr vermeiden lässt, entscheidet sich die Stadtverwaltung für eine Erneuerung. Denn so wie die Anlieger ihren Teil mit dem Straßenausbaubeitrag leisten müssen, so muss aus dem städtischen Haushalt der Anteil der Allgemeinheit geleistet werden.

Zu den Umständen, auf die wir außerdem keinen unmittelbaren Einfluss haben, gehören auch die bundes- und landesrechtlichen Rahmenbedingungen. Voraussetzung für eine gute Erfüllung dieser vielfältigen Aufgaben der Kommunen sind neben einer engagierten Kommunalpolitik und einer leistungsstarken Verwaltung auskömmliche finanzielle Mittel.

Keine Kommune kann die Aufgaben, die Staat oder Gesellschaft von ihr erwarten, zufriedenstellend lösen, wenn ihr die materiellen Grundlagen hierzu fehlen. Hier, vor Ort, bauen und erhalten wir die Infrastruktur die eine demokratische, wirtschaftlich erfolgreiche, plurale und kreative Gesellschaft benötigt. All dies ist von zentraler Wichtigkeit für das ganze Land und wir wollen diese Aufgaben auch gerne lösen, hierfür müssen wir aber auch finanziell die Möglichkeit erhalten. Und eben dies ist in nicht ausreichendem Maße der Fall.

Unter diesem Blickwinkel ist es sehr erfreulich, dass der Bund sechs Milliarden Euro in die Bildungsfinanzierung investieren wird. Ich hoffe, dass ein angemessener Anteil davon bei denen ankommt, die für die grundlegenden Bildungseinrichtungen aufkommen müssen. Ich meine damit die Kommunen und ihre Kitas und Schulen. Und ich hoffe, dass diese Entlastung möglichst schnell und unbürokratisch erfolgt.

Meine Damen und Herren,

es gibt natürlich auch Kosten, auf die wir sehr wohl Einfluss nehmen können. Als erstes werden hier stets die Personalkosten genannt. Gemeint sind damit eigentlich die Kosten der Aufgabenerfüllung. Denn keine Beschäftigte und kein Beschäftigter in dieser Verwaltung verdient zu viel oder ist gar überflüssig.

Wenn wir die Kosten der Aufgabenerfüllung dennoch senken wollen, haben wir zwei Möglichkeiten.

Wir können die Art und Weise der Aufgabenerfüllung ändern und wir können die Aufgaben selbst hinterfragen. Beide Wege müssen wir gehen.

Der erste Weg - die sogenannte Geschäftsprozessoptimierung - bedeutet, dass wir eine Lösung dafür finden, die definierte Aufgabe in gleicher oder besserer Qualität mit weniger Aufwand zu erledigen. Das bereits erwähnte Straßensanierungsprogramm ist ein Beispiel dafür. Dadurch, dass wir viele Straßen gleichzeitig und auf gleiche Art sanieren, vermindern wir den eigenen Personalaufwand und den Aufwand, der auf die Bauleistungen entfällt. Das kommt dem städtischem Haushalt ebenso wie den beitragspflichtigen Anliegern zugute.

Dieses einfache Beispiel darf indes nicht zu der Annahme verleiten, dass eine Geschäftsprozessoptimierung auch nur einfach funktioniert. Geschäftsprozesse werden in einer Verwaltung - genauso wie in jedem Wirtschaftsbetrieb auch - ständig hinterfragt. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter macht sich Gedanken darüber, wie die Aufgabe schneller und besser erledigt werden kann.

Will man ein mehr aus diesen Überlegungen gewinnen, so muss man sie zusammenführen. Man muss einzelne Ansätze systematisch aufarbeiten und aus Gesamtsicht der Verwaltung ordnen. Das ist aufwendig. Aber es ist aus meiner Sicht unbedingt notwendig.

Der zweite Weg zur Kostensenkung - die sogenannte Aufgabenkritik - erscheint mir eine noch größere Herausforderung.

Es geht darum, dass wir hinterfragen, ob das, was wir tun, wirklich erforderlich ist. Im Fokus stehen hier - fast reflexartig - die freiwilligen Leistungen. "Wofür keine gesetzliche Verpflichtung besteht, kann abgeschafft und eingespart werden." So einfach ist es aber nicht.

Ich will hier als Beispiel die Kunstfestspiele benennen. Sie werden nicht von allen geliebt. Überschaubare Besucherzahlen, eine streitbare Intendantin und der Dünkel des Elitären - das sind Vorhaltungen, die man hört. Aber auch die Kritiker müssen einräumen, dass die Kunstfestspiele ein Gewinn für die Stadt sind. Ich spreche hier nicht von dem Mediawert, der bekanntlich über drei Millionen Euro liegt. Ich spreche von dem städtischen und stadtgemeinschaftlichen Gewinn. Hannover hat mit den Kunstfestspielen ein Ereignis geschaffen, das national und international Aufmerksamkeit beansprucht und das das Selbstverständnis und Lebensgefühl der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt bestärkt. Wir sollten daher alles dafür tun, um ein breiteres Publikum und mehr Sponsoren anzusprechen. Wenn wir die Kunstfestspiele abschaffen, können wir aus denselben Gründen auch die nächtliche Straßenbeleuchtung ausschalten. Beides dient scheinbar nur wenigen, kostet aber viel Geld.

Ich will noch ein weiteres Beispiel dafür benennen, dass die Aufgabenkritik im Bereich der freiwilligen Leistungen keinesfalls einfach ist. Der Rat der Landeshauptstadt hat entschieden, dass alle Krippengruppen in Hannover eine Drittkraft zur Betreuung der Kleinkinder erhalten sollen. Auf den ersten Blick ist man erstaunt, dass es hier um eine freiwillige Leistung gehen soll. Es ist aber so. Denn für diese Leistung besteht keine gesetzliche Verpflichtung, obwohl gute Gründe dafür sprechen.

Wie auch immer: die dritte Betreuungskraft verursacht erhebliche Kosten, die uns zu Einsparungen an anderer Stelle zwingen. Besonders augenfällig wird dieser Interessenkonflikt, wenn man die von der Verwaltung vorgeschlagenen Einsparungen beim Stadtjugendring betrachtet. Wenn man die Zuwendungen für eine Einrichtung, die über lange Zeit hinweg die Jugendarbeit gestaltet und geprägt hat, kürzt, um neuen Ansätzen die Möglichkeit zur Verwirklichung zu verschaffen, dann ist dies kein leichter Schritt. Aber bei der Aufgabenkritik wird es letztlich immer um die Frage gehen, von welchen alten Ansätzen man sich trennt, um neue Ansätze ausprobieren zu können.

Und damit sind wir beim Stadtentwicklungsdialo g Hannover 2030. Der Prozess sei "aufwendig und überflüssig", sagen manche angesichts der Haushaltslage. Es gebe "ohne hin keine Mittel, die Gestaltungsspielraum verschaffen". Das sehe ich anders. Der Haushalt der Landeshauptstadt hat ein Volumen von zwei Milliarden Euro. Wie wir dieses Geld einsetzen, muss öffentlich diskutiert werden. Gerade dann, wenn es nicht ausreicht, um

alle Interessen und Bedürfnisse zu befriedigen. Anders ausgedrückt: Wir dürfen, wir müssen sogar öffentlich überlegen, wie wir mit unseren Mitteln umgehen. Denn Haushaltskonsolidierungsstrategien stehen niemals für sich allein. Es bedarf vielmehr einer ganzheitlichen Zukunftsstrategie, bei der zunächst die Ziele und dann die Prioritäten verhandelt und festgelegt werden.

Gerade in Zeiten defizitärer Haushaltslagen ist es in besonderem Maße erforderlich, strategische Konzepte und Lösungen zu entwickeln, um die Leistungs- und damit auch die Entwicklungsfähigkeit der Stadt zu erhalten und perspektivisch auszubauen.

Ich fasse zusammen:

Erstens: Die Finanzlage der Landeshauptstadt könnte besser sein. Wir müssen deshalb versuchen, alles dafür zu tun die Standortqualitäten und damit die Ertragslage weiter zu verbessern. Die Erhöhung von Abgaben und Entgelten für Leistungen der Stadt sollte in der Regel nur dann erfolgen, wenn sie durch Kostensteigerungen oder Aufwendungen im Allgemeininteresse unbedingt gerechtfertigt ist.

Zweitens: Für eine auskömmliche Finanzausstattung zu sorgen ist nicht allein Sache der Kommunen. Für ein funktionierendes Gemeinwesen sind Kommunen, Land, Bund und inzwischen auch die EU in der Verantwortung.

Für zusätzliche Aufgaben, die den Kommunen auferlegt werden, muss auch das notwendige Geld zur Verfügung sichergestellt sein. Das ist über Jahrzehnte nur eingeschränkt geschehen. Die Kommunen müssen also gemeinsam gegenüber Bund und Land einfordern, die Finanzausstattung der Kommunen wieder nachhaltig zu verbessern.

Drittens: Die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen. So steht es in der Kommunalverfassung. Wir sollten deshalb den systematischen Versuch unternehmen, die Abläufe in einer Verwaltung mit mehr als zehntausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verbessern. Und wir sollten jede Aufgabe, die wir haben oder übernehmen wollen, hinterfragen.

Also werden wir die verwaltungsinterne Geschäftsprozessoptimierung im Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und die kritische Betrachtung der städtischen Aufgaben im Dialog mit Ihnen als gewählten Ratsmitgliedern und allen Bürgerinnen und Bürgern durchführen. Im Sinne von Verständnis und Akzeptanz. Und im Sinne des besten Ergebnisses.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.